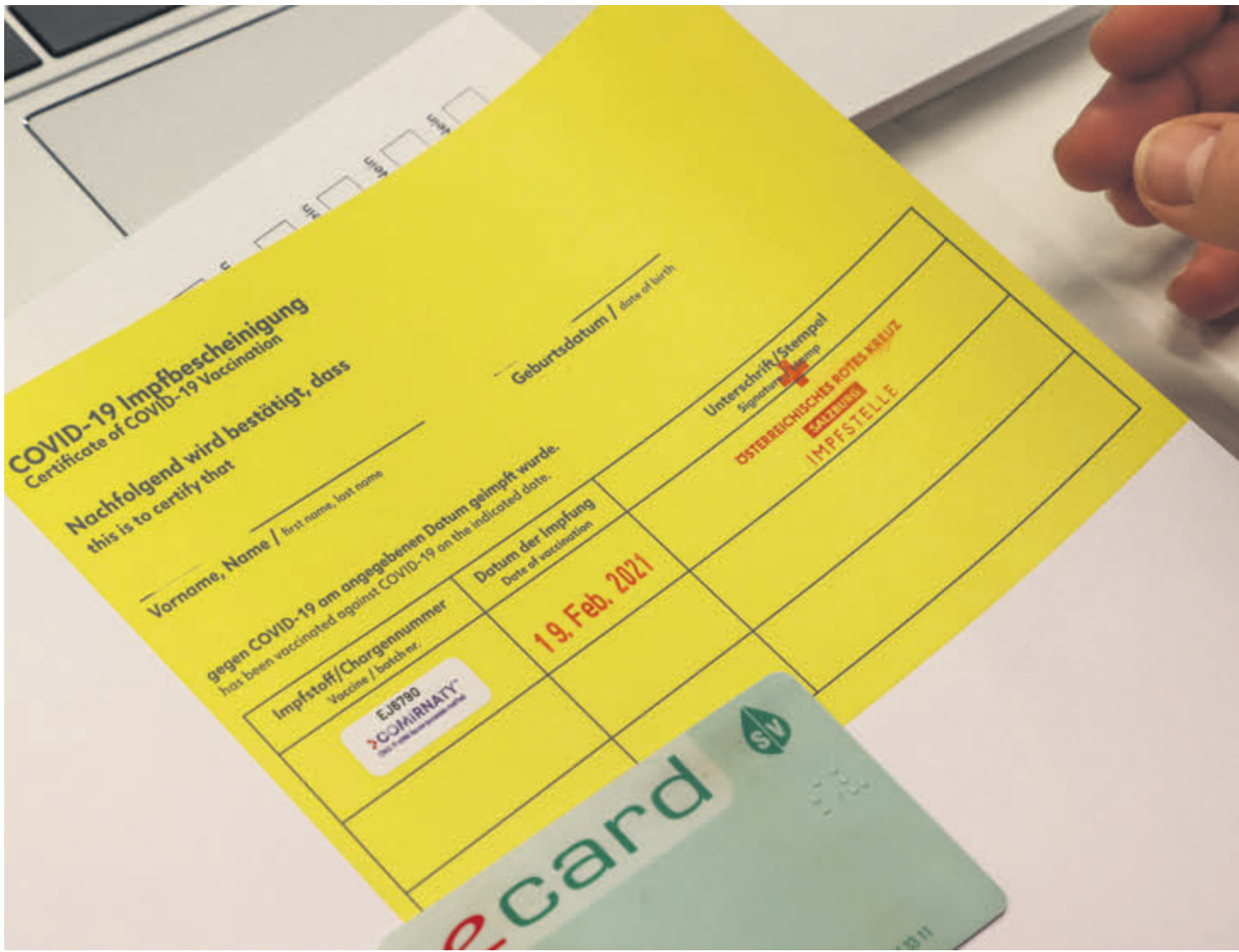


Desirée Vogt

In der EU und bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist ein «Digital Green Certificate» schon länger ein Thema. Doch ob und wie damit ein selektiver Zugang für Covid-19-Geimpfte, Getestete und Genesene eingeführt werden soll und kann, ist nach wie vor unklar. Diese Frage muss nun auch in der Schweiz und Liechtenstein geklärt werden. Es geht konkret darum, dass ein einheitliches, fälschungssicheres und leicht überprüfbares Zertifikat entwickelt wird, mit dem eine Person nachweisen kann, dass sie geimpft ist. Doch braucht es ein solches Zertifikat am Ende wirklich nur für Reisen? Oder ist es bald auch «Eintrittsticket» für Veranstaltungen? Der Schweizer Bundesrat sagte dazu: Hat die Durchimpfungsrate rund 40 bis 50 Prozent erreicht, soll ein selektiver Zugang eingeführt werden. Damit erhöht sich der Druck auf jene, die sich nicht impfen lassen wollen, massiv.

#### «Zu viele Fragen bleiben offen»

Private Organisatoren wie etwa Konzertveranstalter könnten künftig also von ihren Besuchern verlangen, dass sie ein solches Zertifikat vorlegen. Doch für Jörg Gantenbein, Geschäftsführer von Eventpartner Liechtenstein und Präsident des Verbands technischer Bühnen- und Veranstaltungsberufe, wirft die Idee eines solchen Covid-19-Zertifikats noch viele Fragen auf. «Es stellt sich dann nicht nur die Frage, wie die Veranstalter das umsetzen wollen. Es muss auch zwischen den einzelnen Veranstaltungen bzw. der Menge an Besuchern unterschieden werden», so Gantenbein. Er fragt sich: Wie wird abgegrenzt? Am Ende müsse ja auch das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmen. Unklar sei auch, was dies letztlich für das Schutzkonzept bedeute. «Grundsätzlich befürworten wir natürlich alles, was der Sicherheit der Besucher sowie unserer Mitarbeiter zuträglich ist. Aber ohne klares Konzept ergibt ein solches Impfzer-



Dass ein Impfnachweis bald zum «Eintrittsticket» wird, ist nicht ausgeschlossen.

Bild: Keystone

## Die Angst vor einer Zweiklassengesellschaft

Mit der Diskussion um Impfpässe, die Geimpften künftig zusätzliche Privilegien verleihen, steigt der Impfdruck auf die Bevölkerung.

tifikat keinen Sinn.» Gantenbein spricht sich generell aber gegen eine Zweiklassengesellschaft aus. Und fragt sich zudem: «Warum wird mit einem solchen Zertifikat nicht noch ein oder zwei Monate abgewartet? Wenn ein Grossteil der Menschen geimpft ist und feststeht, dass sie nicht nur selbst

vor einem schweren Krankheitsverlauf geschützt sind, sondern das Virus auch nicht übertragen können, stellen sie auch kein Risiko mehr dar.» Anders sehe dies natürlich für Personen aus, die sich nicht impfen lassen wollen. «Doch das ist dann deren eigenes Risiko. So oder so könnte Corona

sich aber nicht mehr in einem Mass ausbreiten, wie das noch vor einem Jahr der Fall war», versteht Gantenbein die Eile zur Entwicklung der technischen Zertifikatslösung nicht.

#### «Kein Zwang, aber sanfte Nötigung»

Komplett ablehnend steht der

Idee eines Covid-19-Zertifikats Ulrich Hoch gegenüber. Der Triesner, der vor allem aus den sozialen Medien bekannt ist und die harten Massnahmen zur Ausbreitung des Coronavirus kritisiert, hat kürzlich den Verein Liberales Forum e. V. in Triesenberg gegründet, dem er als Präsident vorsteht. Zwar

nicht wegen Corona – und auch nicht aktuell wegen eines geplanten Vorstosses, sondern um liberale Ansätze einzubringen und weiterzuentwickeln. «Das schliesst natürlich aber nicht aus, dass wir uns auch rund um die Coronapandemie, die Massnahmen oder die Impfung oder nun aktuell zum Covid-19-Zertifikat äussern», so Hoch.

Sollte ein solcher «Pass» in Liechtenstein eingeführt werden, kann er sich durchaus vorstellen, dass sich der Verein in Form eines parlamentarischen Vorstosses zu Wort meldet. Warum? «Ein solcher Impfausweis birgt die Gefahr, die Gesellschaft zu spalten. Und man darf auch die rechtliche Seite nicht vergessen: Es gibt ein Diskriminierungsverbot», stellt er klar. Sollte der Staat einen selektiven Zugang von Geimpften also «verordnen», so wäre das in seinen Augen Anstiftung zur Diskriminierung. «Entscheidet ein Gastronomiebetreiber oder Veranstalter von sich aus, dass er nur Geimpften Zutritt gewährt, sieht es natürlich anders aus. Das ist zu akzeptieren.» Doch auch hier ist Hoch überzeugt, dass ein solcher Entscheidung nicht ohne Nebengeräusche über die Bühne gehen würde. Klagen könnten nicht ausgeschlossen werden.

«Wenn überhaupt, dann ist ein solches Zertifikat allenfalls für einen befristeten Zeitraum denkbar. Sicher aber nicht als Dauerzustand.» Denn Impfen sei eine sehr individuelle Sache. Und es gebe auch Menschen, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen könnten. «Zudem gibt es bis heute keinen klaren Beweis, dass Geimpfte das Virus nicht trotzdem weitergeben können. Wozu soll dann der Impfpass also gut sein?», fragt sich Hoch. Es sei nun vielmehr Zeit, dass die Regierung Zuversicht verbreite und weitere Öffnungsschritte anordne. Für alle. Den Zugang nur Geimpften zu gewähren, sei zwar kein Zwang, aber trotzdem eine «sanfte Nötigung».

## Die Risiken und Nebenwirkungen des Corona-Ausstiegsplans

In drei Phasen soll die Schweiz zur Normalität zurückkehren. Ein Bundesratspapier zeigt, welche erheblichen Risiken das Land damit einght.

Schutzphase, Stabilisierungsphase, Normalisierungsphase: Mit diesen drei Stufen will der Bundesrat die pandemiebedingten Einschränkungen schrittweise zurückfahren. Die nächsten Öffnungen sollen beim Übergang von der Schutz- in die Stabilisierungsphase folgen. Dies dürfte frühestens am 26. Mai der Fall sein, wie Gesundheitsminister Alain Berset (SP) am Mittwoch sagte. Bis dahin sollen alle impfwilligen besonders gefährdeten Personen vollständig geimpft worden sein.

Doch mit Abschluss der Schutzphase ist ein Grossteil der Bevölkerung weiterhin ungeschützt gegen eine Infektion mit Covid-19. Gemäss Impfplan des Bundes gehören rund 5 Millionen Erwachsene in der Schweiz nicht zur Impfgruppe

der besonders gefährdeten Personen. Hinzu kommen 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche, für die noch kein Impfstoff zugelassen ist.

#### «Nur beschränkt vor Ansteckung schützen»

In einem Konzeptpapier aus Alain Berts Innendepartement (EDI) wird das Drei-Phasen-Modell konkretisiert. Das Dokument zeigt die erheblichen Risiken der bundesrätlichen Strategie auf.

Bei einer starken Zunahme der Fallzahlen während der voraussichtlich Ende Mai beginnenden Phase II (Stabilisierung) müssten insbesondere jüngere und nicht geimpfte ältere Personen hospitalisiert werden, heisst es. Das Papier verweist zudem auf das «zusätzliche Risiko für schwere

Verläufe» bei Infektionen mit der unterdessen dominierenden Virusvariante B.1.1.7 hin. Eine Ansteckungswelle in dieser Phase sei zu vermeiden, weil die Möglichkeit kurz bevorstehe, sich mit einer Impfung zu schützen: «Je näher diese Schutzmöglichkeit ist, desto unnötiger ist es, eine Ansteckung mit potenziell schweren Folgen zu riskieren.»

Doch dieses Risiko können Personen, welche sich noch nicht impfen lassen konnten, allein durch individuelle Vorsichtsmassnahmen nicht vermeiden. Dieses Eingeständnis erfolgt im Konzeptpapier in Form einer expliziten Erwähnung der Personen, «die sich aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit nur beschränkt vor einer Ansteckung schützen können».

Ein rasanter Anstieg der Fallzahlen während Phase II gelte es zu vermeiden, heisst es im Konzeptpapier. Wichtig sei, dass die breite Bevölkerung rasch einen Zugang zur Impfung erhalte. Erfahrungen aus dem Ausland zeigten jedoch, dass dabei nochmals mit einer Beschleunigung der epidemischen Entwicklung gerechnet werden müsse. Denn die Phase berge das Risiko, dass sich viele, auch noch nicht geimpfte Personen nicht mehr an die Massnahmen halten.

#### Inzidenzwert von 1000 für ungeimpfte Bevölkerung

Trotz dieser Diagnose ist der Bundesrat bereit, einen Anstieg der Fallzahlen in Phase II hinzunehmen. Für die Phase II definierte er höhere Grenzwerte, ab welcher die Massnahmen

wieder verschärft würden, als dies in der aktuell laufenden Phase I der Fall ist. In Phase II sollen Verschärfungen erst geprüft werden, wenn die 14-Tages-Inzidenz 600 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner überschreitet. In Phase I beträgt dieser Wert 550. Wegen der fortschreitenden Impfkampagne liege dieser Wert für den Bevölkerungsteil, der noch nicht geimpft und somit potenziell infiziert werden kann, tatsächlich noch höher: «Ein Wert von 600 würde bei einem Durchimpfungsgrad von 40 Prozent einem Wert von 1000 in der ungeimpften Bevölkerung entsprechen.»

Am Ende des Konzeptpapiers listet das EDI die mittelfristigen Risiken und Herausforderungen auf. Unter anderem dürften die Importe von

Infektionen oder neuen Virusvarianten «über lange Zeit ein Risiko darstellen». Es könnten Virusvarianten entstehen, die sich besser an noch ungeimpfte Personengruppen wie Kinder anpassen können.

Zusätzlich drohe die Akzeptanz der Impfungen abzunehmen – etwa wegen des Auftretens von Nebenwirkungen, eines persönlich als gering eingestuften Infektionsrisikos oder auch nur wegen der Aussicht auf Öffnungsschritte. Und ausserdem können Personen langfristig von den Folgen einer Erkrankung betroffen sein. Wie gross der Anteil dieser Long-Covid-Erkrankten sei und welche Auswirkungen dies auf Wirtschaft und Gesellschaft habe, sei derzeit noch unklar.

Christoph Bernert